

Ständige Kurswechsel sind kostspielig

Zu: „Das Kapitel Atomkraft ist beendet“, FR-Tagesthema vom 17. April

Die Debatte war von Angst getrieben

Das ewige Hin und Her um die Atomkraft in Deutschland war nicht von Argumenten, sondern fast immer von Angst und Meinungsumfragen geprägt: Vor zwölf Jahren war es nach Fukushima die Angst vor Atom-Unfällen, heute ist es die Angst vor dem Strom Blackout.

Nicht nur auf dem Segelboot, auch in der Politik ist ein dauernder Kurswechsel nicht nur nicht zielführend, sondern auch sehr kostspielig.

Für den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke in Deutschland hätte zusammen mit der Industrie ein neues Betriebskonzept erstellt werden müssen. Neue Brennstäbe: Aus welchem Land werden die Brennstäbe besorgt und wie lange dauert das? Lassen sich mit zeitlich befristeten Verträgen die für den Weiterbetrieb notwendigen Mitarbeiter gewinnen? Sind bei den abgeschalteten Reaktoren vor erneuter Inbetriebnahme Sicherheitsüberprüfungen notwendig und wie hoch wird das Kostenrisiko für notwendige Nachbesserungen eingeschätzt?

Die Betreiber hätten sich auf einen Weiterbetrieb nur eingelassen, wenn die Kosten einer Wiederaufnahme langfristig gesichert sind und die Risiken von Entsorgung und Versicherung gegen Unfälle endgültig vom Staat übernommen würden.

Nicht von Angst getrieben, sondern gestützt auf Argumente

wäre die ehrliche Frage an die Gesellschaft: Seid ihr bereit, für den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke die genannten Garantien abzugeben und dafür auch die Kosten zu tragen? Diese Frage stellt sich insbesondere auch an den Finanzminister, der die Schuldenbremse einhalten will und angeblich ja auch sonst nichts von staatlichen Subventionen hält.

Michael Parys, Stuttgart

Wo ist der gesunde Menschenverstand?

Weltweit arbeiten heute rund 450 Kernkraftwerke und weitere 100 sind im Bau oder in Planung. Wir schalten unsere Atomkraftwerke ab und kaufen Atomstrom von unseren Nachbarn. Wo ist der gesunde Menschenverstand?

Karl-Albert Hahn, Bad Salzig

Bayern als Endlager für den deutschen Atommüll

Auf Söders populistischen Vorschlag, Atomkraftwerke wie den abgeschalteten Meiler Isar zwei in Landesverantwortung weiter zu betreiben, gibt es eigentlich nur eine einzige ausgeklügelte Antwort: Eine Mehrheit wird dafür organisiert, den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken in die Verantwortung der Länder zu übertragen, und Söder garantiert bindend und verpflichtend, dass als Endlager für allen deutschen Atommüll nur Bayern infrage kommt. Siegfried Kowallek, Neuwied

Ein bleibender Sieg für die Anti-AKW-Bewegung

Freilich war der 15. April 2023 ein schwarzer Tag. Ein schwarzer Tag für die deutsche Atomkraftwerkslobby und ihrer politischen Interessenvertreter in CDU/CSU und FDP, weswegen diese nun düster warnend durch die hiesige Medienlandschaft posaunen. Dabei dürfte es Merz, Söder und Co erfahrungsgemäß weniger um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit bezahlbarem Strom gehen, sondern vornehmlich um entgangene Profite ihrer Sponsoren. Schlussendlich ist das definitive AKW-Aus ein bleibender Sieg der kritischen Antiatomkraft-Bewegung, den auch Rot-Grün angesichts der pöbelnden Reaktion der Konservativen und Neoliberalen als ihren politischen Erfolg verbuchen kann.

Joachim Bohndorf, Bensheim

Kernkraft ist nicht CO₂-frei

Vielen Dank an Jan Sternberg für die Argumente gegen eine verlängerte Nutzung von Kernkraft. Eines möchte ich noch hinzufügen: Ganz so grün wie oft behauptet ist sie nämlich nicht. Beim Bau von Kernkraftwerken werden Unmengen CO₂ freigesetzt, weil dafür nun mal sehr viel Beton benötigt wird.

Annegret Benz, Hamburg

Diskussion: frblog.de/atomausstieg-2

Die USA haben das Völkerrecht gebrochen

Putin: „Strafgerichtshof macht ernst“, „Für Haftbefehl gegen Kommandeure“, FR-Thema vom 18. und -Politik vom 23. März

Hier wird mal wieder mit zweierlei Maß gemessen

Die Verantwortlichen für den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak sind nicht vor dem Internationalen Gerichtshof angeklagt. Wie am 17./18.3. wird mit zweierlei Maß gemessen, wenn unsere Verbündeten das Völkerrecht brechen? (Wolfgang Kaleck, „Von der Wertigkeit der Menschenrechte“, FR v. 21.3.).

Wie viele Probleme sind durch die US-Kriege entstanden? In Irak der IS; den es vorher dort nicht gab, Bürgerkrieg in Libyen; Herrschaft der Taliban, die in Afghanistan durch die USA gestärkt wurden in der kriegerischen Auseinandersetzung mit der UdSSR, nur um der UdSSR ihren Einfluss in Afghanistan zu nehmen. In all diesen Ländern wurde keine Demokratie „geschaffen“, wie das die USA als Rechtfertigung für ihre Kriege angab.

Auch mit dieser Lüge führte der Westen 1999 den Krieg gegen Jugoslawien und bombte das Land um mehr als 30 Jahre Entwicklung zurück, spaltete Kosovo – eine serbische Provinz – ab, um dort den Vasallenstaat Kosovo zu gründen und die größte Militärbasis in Europa für die USA zu errichten, von der 2001 der Krieg gegen Afghanistan ge-

führt werden konnte, ohne andere Staaten um Überflugrechte zu bitten.

Wie rechtfertigt die USA die völkerrechtswidrige Gründung des Kosovo als „Staat“? Die Albaner wanderten dort als Gastarbeiter aus dem armen Albanien ein, Kosovo hat historisch keinen Bezug zu Albanien. Auch der den völkerrechtswidrigen Krieg führenden Präsidenten Bill Clinton wurde nicht angeklagt. Wie neutral ist der Internationale Gerichtshof?

Zum aktuellen Krieg: Die Krim war mehrheitlich bewohnt von Russen, war bis 1954 Autonome Republik innerhalb der UdSSR, dann vom ukrainischstämmigen Chruschtschow der Ukraine geschenkt. In der „Welt“ vom 9.3.2014 („Wie die Krim zur Ukraine kam“) wird die Rechtmäßigkeit der Übergabe an die Ukrainische Sowjetrepublik übrigens bezweifelt, da die Obersten Sowjets der Russischen Sowjetrepublik sowie der Ukrainischen Sowjetrepublik nicht abgestimmt hatten.

Edeltraud Schnegelsberg, Darmstadt

Friedlicher Lebensabend in Texas

Die Weltpresse berichtete – in großer Aufregung – dass Putin als Kriegsverbrecher per Haftbe-

fehl gesucht wird. Das ist gut und richtig, aber nur so lange wie George W. Bush nicht auch als Kriegsverbrecher gesucht wird. Immerhin hat Bush nur einige Iraker in seinem Foltergefängnis Abu Ghraib (manche aus Versehen, kann schon mal passieren) zu Tode foltern lassen. Im Gegensatz zu Putin, hat er keine Kinder per Bus verschleppt.

Glücklicherweise – darüber redet fast niemand – gibt es ein Recht für einen Mann, der ein Land überfallen hat und – neben Butscha-Folterungen etc. – Kinder per Bus abtransportiert, und ein anderes Recht für einen anderen Mann, der vor 20 Jahren auch ein Land überfallen hat und keine Kinder per Bus abtransportiert hat. Nur gut, dass Putin und Bush nicht mit dem gleichen Maßstab gemessen werden. Dazu kommt noch, dass beide Länder nicht Mitglied im „Internationalen Strafgerichtshof“ sind. Wikipedia schreibt, „die Unterschrift beider Staaten wurde zurückgezogen“.

Wie sagte George Orwell einmal: Manche sind gleicher als andere. Und damit auf zur Menschenjagd auf Putin, während der andere friedlich in Texas seinen Lebensabend genießt!

Thomas Klikauer, Sydney (AUS)

Diskussion: frblog.de/haftbefehl



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230419

FR ERLEBEN

Peter Hanack moderiert die Podiumsrunde mit Landtagsabgeordneten zur Frage, warum Türkisch als Fremdsprache an Hessens Schulen ein Schattendasein führt.
Dienstag, 25. April, 19 Uhr
Kubi Gesellschaft f. Kultur u. Bildung
Hanauer Landstraße 182 A
Frankfurt

Tobias Schwab moderiert das „Forum Entwicklung“ von FR, GIZ und hr-info zum Thema „Energieforscher Afrika – Wie gelingt eine Partnerschaft auf Augenhöhe?“ Mit Bärbel Höhn (Energiebeauftragte für Afrika, Entwicklungsministerium), Stefan Liebing (Geschäftsführer Conjuncta GmbH), Torsten Schreiber (Africa Greentec) und Mike Enskat (GIZ).
Mittwoch, 26. April, 18.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neuen Roman „Noah schläft – Die Rückkehr der Arche“, der auf der Leipziger Buchmesse vorgestellt wird.
Freitag, 28. April, 13 Uhr
Samstag, 29. April, 13.30 Uhr
Sonntag, 30. April, 13 Uhr
Leipziger Buchmesse, Halle 2
Sparky Edition, Stand G211
Freitag, 28. April, 19.30 Uhr
Kunstgenossenschaft Feinkost,
Karl-Liebknecht-Straße 36, Leipzig

Giffey sollte zurücktreten

Berlin: „Das würde Giffey Sichtbarkeit ermöglichen“, FR-Thema vom 4. April

Franziska Giffey will mit der deutlich als rechte Partei ausgewiesenen Vereinigung zur Förderung der Industrie und des Stehkragenproletariats (CDU) koalieren. Oder zurücktreten als Parteivorsitzende. Ich würde das Angebot dankend annehmen. Die bisherige Koalition sollte weiter regieren und dringend als zu lösende anstehende Aufgaben erledigen. Damit würde das Wahlergebnis respektabel umgesetzt.

Die nächsten Rohrkrepierer sind die Minister der FDP, die wem dienen? Volker Wissing scheint völlig überfordert mit der Bedeutung seines Amtes und der Klimakatastrophe. Wie sonst käme er auf die Drohung mit den E-Fuels? Auf seine und Lindners Rechnung geht das peinliche Schauspiel des 49-Euro-Tickets, dessen Preis und Verzögerung. Was hinderte die schnelle Fortsetzung des Neun-Euro-Tickets? Die Kosten. Eine lächerliche Begründung angesichts der 100 000 000 000 für das Militär und die verständnisvolle Aufnahme weiterer Forderungen.

Die Klimakatastrophe produziert täglich furchtbare Schlagzeilen. Uninteressant für die Lobbyisten einer vorgestrig handelnden, nur ihren Profitinteressen nachhechelnden Autoindustrie. Wissing sollte ehrlich zu den Lobbyisten wechseln. Damit täte er der Partei und uns einen großen Gefallen.

Zu alledem erlaubt sich die rechte Zwergenopposition mit Friedrich Merz kritische Bemerkungen zur Politik der jetzigen Regierung. Mit Anstand begänne jede Rede mit der Bitte um Verzeihung für den riesigen Haufen Mülls übrig gebliebener Aufgaben und verhinderten, notwendigen Fortschritts. Rolf Schuh, Gießen

Alles andere als einfach

Zu: „Wir bauen am Bedarf vorbei“, FR-Wirtschaft vom 5. April

Vielen Dank für dieses interessante Interview, das die Situation auf dem Wohnungsmarkt in ein anderes Licht setzt. Es klingt alles sehr plausibel. Ich würde mir wünschen, dass das Bauministerium zu solchen Erkenntnissen gelangt und sie in dieser Weise kommuniziert. Einen Aspekt habe ich aber in Bezug auf notwendige Regeländerungen vermisst: die berichtigten Stellplatzsatzungen der Städte und Gemeinden, die z.B. für die Zulassung von Mehrfamilienhäusern einen Stellplatznachweis verlangen, der oft nicht erbracht werden kann. Und das größte Hindernis dafür, die alte, überdimensionierte Familienwohnung gegen eine kleinere zu tauschen, dürfte sein, dass eine kleinere Wohnung nicht billiger ist als die alte Wohnung. Einen Anreiz für einen solchen Tausch zu schaffen, wäre eine gute Sache, aber sicher nicht einfach. Bernfried Kleinsorge, Egelsbach